



Bundesministerium für  
Bildung

Amt der Wiener Landesregierung  
MDR | Rathaus  
1010 Wien  
Telefon: +43 1 4000 82375  
Fax: +43 1 4000 99 82310  
post@md-r.wien.gv.at  
wien.gv.at

MDR-1601398-2025-12  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Privatschulgesetz geändert wird,  
Begutachtung;  
Stellungnahme  
zu GZ: 2025-0.164.776

Wien, 23. Dezember 2025

Zu dem mit Schreiben vom 28. November 2025 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird wie folgt Stellung genommen:

Die Musikschulen der Stadt Wien sind derzeit als Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht nach dem Privatschulgesetz angezeigt.

Wie bisher werden Schulen im Sinne des Privatschulgesetzes als Einrichtungen definiert, in denen eine Mehrzahl von Schüler\*innen gemeinsam nach einem bundesweiten Lehrplan unterrichtet wird. Diese für Regelschulen typische Klassenstruktur wird dem Unterricht in den Musikschulen der Stadt Wien nicht gerecht, da neben Gruppenunterricht (Elementares Musizieren, Tanz, Kooperationsunterricht mit Pflichtschulen) Ensemble- und Orchesterarbeit in hohem Maß in Form von Einzelunterricht erteilt wird. Eine Ergänzung im Gesetzestext wäre notwendig, um diesem Umstand gerecht zu werden.

**Zu Z 3 (§ 2 Abs. 2):**

Hier wird nunmehr das erzieherische Ziel einer Privatschule umfassender als bisher definiert und in Beziehung zu den Zielen der staatsbürgerlichen Erziehung, den Grundwerten und den Aufgaben der österreichischen Schule gesetzt. In den Erläuterungen wird dazu ausgeführt, dass die Rechtsstellung von Musikschulen und Konservatorien als Privatschulen davon unberührt bleibt. Dazu wird angemerkt, dass sich diese Erläuterungen in keiner Weise aus dem Gesetzeswortlaut ableiten lassen. Eine diesbezügliche Klarstellung im Gesetzestext wäre daher zu begrüßen.

Die konkrete Benennung von Musikschulen als Bildungseinrichtungen mit unter anderem berufsvorbereitenden Ausbildungsinhalten für ein mögliches Berufsstudium fehlt generell in bundesgesetzlichen Regelungen. Eine Aufnahme der Musikschulen als Schultyp im Privatschulgesetz wird daher vorgeschlagen.

**Zu Z 7 (§ 3 Abs. 2 bis 6):**

Es wird darf darauf hingewiesen, dass die in den Erläuterungen zu § 3 Abs. 3 zitierte Wortfolge „vor der beabsichtigten Eröffnung“ im Gesetzesentwurf nicht enthalten ist.

**Zu Z 11 (§ 7):**

In Abs. 2 lit a sollte neben der Möglichkeit der Übernahme der Rechte und Pflichten des verstorbenen Schulerhalters durch die Erben auch deren Eignung und sittliche Verlässlichkeit geregelt werden. Eine diesbezügliche Prüfung durch die Schulbehörde sollte explizit vorgesehen werden.

**Zu Z 17 (§ 15):**

Abs. 1 sieht die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes auf Dauer vor, wenn die Voraussetzungen gemäß § 14 erfüllt sind. Es sollte in den Erläuterungen klargestellt werden, dass von der Verleihung des Öffentlichkeitsrechts sämtliche laut Lehrplan zu führende Klassen umfasst sind, vor allem dann, wenn die Privatschule mit aufsteigenden Klassen geführt (begonnen) wird.

Für den Landesamtsdirektor

(elektronisch gefertigt)

Mag. Harald Kubschitz  
Obermagistratsrat

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 56 (MA56-1587555-2025-7)  
mit dem Ersuchen um Weiterleitung  
an die einbezogenen Dienststellen
5. MA 53  
zur Veröffentlichung auf der  
Stadt Wien-Website

#HauptstadtWien#